Telegraphenadresse: Berlin-Dresden.

Dieses Blatt erscheint täglich früh 7 Uhr i. d. Exped.: Marienstr. 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 3 Mark 75 Pfg. Nummern 10 Pfge. Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annoncen für uns nehmen an: Die Annoncen-Bureaux v. Haasenstein & Vogler; — Rudolf Mosse; — Daube & Comp.; — Invalidendank; — G. Plötzler in Görlitz; — Rob. Lich in Magdeburg; — L. Barck & Co. in Halle; — Steiner in Hamburg.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Fernsprech-Stellen Nr. 11 (Altst.) u. 582 (Neust.)

Inserate werden Marienstraße 13 bis Nachm. 5 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: Kl. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 5 Uhr. — Die einspaltige Petitzeile kostet 15 Pf. Eingesandt die Zeile 30 Pf. Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Ausführliche Annoncen-Aufträge inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postanweisung. Kleine Zeilen kosten 15 Pfg. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 30 Pf.

Prof. Dr. Jaeger's
Normal- u. Sanitäts-Anzüge
aus **porösen Tricotstoffen** nach Maass durch meinen hiesigen Schneider. Vorzügliches Passen garantirt.
Osc. Lehmann, Schloss-Strasse Nr. 21.

R&S Mit Gott und Recht Schutzmarke.
Geschäfts- u. Wirthschafts-Bücher,
eigenes Fabrikat. Lager von **Haupt- u. Cassebüchern, Wechselcontrenotc. etc.** Specialität: **Copirbücher** u. **Bücher für Landwirthschaft.** Ex. raanfertigungen jeder Art schnell und exact. Princip. Bestes Material, gute und reelle Arbeit.
G. H. Rehfeld & Sohn, Dresden-N., Hauptstr. 24.

Reise-Artikel,
Handreisekoffer, Reisetaschen, Reise-Necessaires, Reise-Waschrollen, Damentaschen, Plaidriemen, Touristentaschen, Bücketaschen, Umhängetaschen, Reiseflaschen etc. Ausführliche illustrirte Preislisten werden gratis abgegeben und nach auswärts franco versandt.
J. Bargou Söhne, Dresden,
Wilsdrufferstr. 21b. u. Sophienstr. 6 am Postplatz.

Fabrik-Etablissement einfacher und eleganter Kinder-Garderobe von Alexander Philipsohn
Waschanzüge für Knaben von 4 Mark an, **Waschkleider für Mädchen** „ 2 „ „
Frühjahrs-Anzüge und **Paletots** für Knaben bis 16 Jahre. **Kleider, Paletots** und **Regenmäntel** für Mädchen bis 16 Jahre.
Waisenhausstrasse 7 (Palais Gutenberg), Hall-Etage.

Nr. 163. 28. Jahrgang. Auflage: 38,000 Expl. | Aussichten für den 12. Juni: Schwacher unbestimmter Wind, veränderliche Bewölk., keine oder geringe Niederschl., Temperat. wenig veränd. | Dresden, 1883. **Dienstag, 12. Juni.**

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Am Sonnabend feuerte die Riesenkanone, genannt „Deutscher Reichstag", ihren hundertsten Schuß ab. Am Montag folgte in Gestalt der neuesten Sitzung der hunderteinte Schuß. Es ist gerade kein Viktoriaschießen, wie nach einem Siege, einer Prinzengeburt oder Kaiserkrönung. Die Treffer wurden überholt von den Fehlschüssen. Aber eine „faule Grete" war das ziemlich schwerfällige Reichstagsgeschütz denn nun doch auch nicht. Hundert oft lange, anstrengende und aufreibende Sitzungen im Plenum (die viel zahlreicheren Abtheilungs- und Ausschußsitzungen gar nicht gerechnet), das ist wahrlich eine respektable Arbeitsleistung des „langen Parlamentes". So hat sich noch kein Parlament in die Länge gezogen. Selbst jener 1879er Reichstag, der den neuen Schutzzolltarif eingehendst berieth, brachte es nur zu 80 Plenarsitzungen. Der jetzige Reichstag wurde am 15. Juni v. J. bis zum 30. November vertagt und ist seitdem, außer in den Ferien wegen der drei hohen Feste, ununterbrochen beisammen gewesen. Auch jetzt schließt er noch nicht die müden Augen. Wenn er am Mittwoch oder Donnerstag auseinandergeht, schütteln sich die Abgeordneten die Hände mit den Worten: „Auf Wiedersehen im Herbste!" Aber jetzt giebt es kein Haltens mehr. Selbst die eisernste Parteidisciplin und der wärmste Appell an das Pflichtgefühl vermöchte die Volksboten nicht an ihre curulischen Stühle zu schmieden. Alles, was nicht dringlichster Natur ist, was nicht mit dem Budget unmittelbar zusammenhängt, wird auf die lange Bank geschoben. Das Budget selbst aber wird nicht mehr durchberathen, sondern durchgepeitscht. Der Präsident liest die Namen, die Titel und Ziffern der einzelnen Budget-Positionen vor, Niemand beantragt Abstimmung, sie gelten dann als genehmigt — Das ist die ganze Berathung. Millionen sind da im Handumdrehen bewilligt. Ob dieses Verfahren im Interesse der Reichsregierung selbst liegt, darüber tauchen lebhafte Zweifel auf. Wenn ein Reichstag wenige Wochen nach der Verabschiedung des nächsten Haushaltes bereits wieder den übernächsten berathen muß, so stellt sich naturgemäß folgendes Verhältniß ein. Der Bundesrath wird in den meisten Fällen auf das Wiedereinbringen einer Forderung verzichten, die der Reichstag vor Kurzem abgelehnt hat, da nicht anzunehmen ist, daß der Reichstag binnen 14 Tagen seine Meinung geändert hat. Gegen besseres Wissen von ihrer Nothwendigkeit hat aber, wie man doch annehmen muß, der Bundesrath schon das erste Mal nicht die Forderung eingebracht; erneuert er sie aber erst nach einem Jahre, so kann er sich weit eher auf Thatsachen berufen, die inzwischen zu Gunsten seiner Anschauung hervorgetreten sind. Doch das wäre zunächst die Sorge des Bundesrathes. Für den Reichstag aber erwächst, wenn sich die Etatsberathungen so wie jetzt auf die Hacken treten, auch ein häßlicher Uebelstand. Ein Beispiel wird dies klar machen. Beim letzten Post-Etat wurde der Antrag Lingens auf eine bessere Sonntagsruhe der Postbeamten leider mit Stimmengleichheit abgelehnt. Unermüdlich hat Abg. Lingens seinen Antrag erneuert. Sein diesmaliges Schicksal ist ungewiß. Zunächst widersetzt sich ihm mit Hand und Fuß der Generalpostmeister. Neue Gründe für die Nothwendigkeit besserer Sonntagsruhe lassen sich in so kurzem Zeitraum nicht auftreiben. Nach einem Jahre aber wäre dies wesentlich anders gewesen. Lingens hätte bis dahin noch mehr Material herbeischaffen, sich auf vielmehr Thatsachen stützen können. Auch lägen bis dahin die gutachtlichen Aeußerungen der Oberpostdirectionen über die Streitfrage vor. So ist der Uebergang der Budgetberathung aus dem Bummelzuge des April in den Courierzug des Mai nach allen Seiten hin ein Mißstand. Viel richtiger ist es da, gleich zweijährige Etatsperioden im Reiche einzurichten.

Das, was man gern verhütet hätte, ist nun doch eingetreten: die Kommission für das Unfall-Versicherungsgesetz hat sich außer Stande erklärt, auf Grund der Bundesraths-Vorlage ein Gesetz auszuarbeiten. Diese Grundlage ist schlechterdings unbrauchbar. Für keinen einzigen der großen durchgreifenden Gesichtspunkte ließ sich eine Mehrheit erzielen. Alle prinzipiellen Bestimmungen wurden abgelehnt. Die Kommission beschloß also, die Berathung abzubrechen. Man entsinne sich, daß der bisherige Referent, Prof. v. Hertling, eine Resolution beantragt hatte, wornach der Reichstag den Gesetz-Entwurf dem Bundesrathe zurückgeben und ihn auffordern sollte, eine neue Vorlage nach gewissen, näher bezeichneten Gesichtspunkten auszuarbeiten. Da aber das Centrum wußte, daß dieser Vorgang den Fürsten Bismarck verschnupfen würde, so bewog der Vorsitzende, Freiherr v. Frankenstein, seinen Parteigenossen, sein Referat niederzulegen; v. Hertling reiste von Berlin ab und der Kommissionswagen quälte sich noch eine Zeit lang in dem märkischen Sande der Unfallgesetz-Paragraphen ab, ohne vom Flecke zu kommen. Jetzt sieht alle Welt ein, daß das so nicht weitergehen kann und das Ende vom Liede ist, daß es jetzt unwahrscheinlich ist, ob dem Bundesrathe eine feste Unterlage für die Ausarbeitung eines besseren Gesetz-Entwurfes geboten wird.

In Oesterreich ruft die Frage der Decentralisation der Eisenbahnen jetzt lebhafte Erörterungen hervor. Polen und Tschechen verlangen, daß der Sitz der Galizien und Böhmen durchschneidenden Staatsbahnen von Wien weg und nach Lemberg und Prag verlegt werde. Darüber ist nun Wien ganz außer sich. Mit der Uebersiedelung von so und soviel Dutzenden von Eisenbahnbeamten verliert Wien nicht blos die betreffende Zahl steuerkräftiger Bewohner, die Hunderten von Handwerkern Verdienst gewährten, sondern auch der politische Schwerpunkt verschiebt sich aus der Reichs- nach den Provinzialhauptstädten. Es ist dies eine wirkliche Brodfrage für Wien. Man kann es ihren Bürgern nicht verdenken, wenn sie den Schlag pariren wollen. Der Bürgermeister begab sich zum Ministerpräsidenten Grafen Taaffe. Dieser erklärte ihm, daß viel Uebertreibung mit unterlaufe. Die Privat-Eisenbahnen behalten nach wie vor ihren Sitz in Wien. Die Centralstelle über sämmtliche Eisenbahnen verbleibt schon aus strategischen Gründen gleichfalls daselbst. Allerdings beabsichtige man nach Lemberg und Prag Filial-Direktionen zu legen. Gegen ein solches Projekt läßt sich nichts vorbringen. Wer gleich uns mit gegen das Reichseisenbahn-Projekt mit seiner unnöthigen und schädlichen übermäßigen Centralisation in Berlin gestritten, kann darin kein Unglück sehen, wenn die großen Hauptstädte der österreichischen Kronländer die Sitze ihrer Eisenbahn-Direktionen werden. Es ist durchaus nicht nöthig, daß in Berlin oder Wien alle politische und wirthschaftliche Macht sich anhäuft, die beiden Centralstellen sich auf Kosten der anderen Großstädte mästen. Darin haben allerdings die guten Wiener völlig Recht, wenn sie sich beschweren, wie im Gegensatz zur deutschen Regierung, die Alles thut, um nach Berlin alle Säfte und Kräfte der Nation zu leiten, die österreichische die Interessen Wiens vernachlässigt. „Wien wird dekapitalisirt!" rief zornig im Wiener Gemeinderath Dr. v. Mauthner aus. Aber ihr lieben Herren! Was thut denn Ihr selbst, um den Verfall Wiens aufzuhalten? Mit Klagen, daß Wien von Berlin und sogar von Pest überflügelt wird, ist's nicht geschehen! Rührt Euch selbst, rafft Euch aus Eurer Trägheit, Lotterwirthschaft und Schlampamperei auf! Sind die Wiener Zustände seit dem Ringtheaterbrande verbessert worden? Immer noch die gemüthliche Troddelwirthschaft! Blickt Ihr neidisch auf Berlin, so übersieht wenigstens nicht den Bienenfleiß, die Rührigkeit und die Vigilanz der Berliner Stadtverwaltung, die täglich darauf sinnt, die Bedeutung Berlins zu erhöhen. Daran nehmt Euch ein Exempel!

Der gekrönte Zar hat nach den ermüdenden Moskauer Festwochen die Rückreise angetreten und sich dabei der ersten Hauptstadt seines Reichs, Petersburg, gezeigt. Das Unterbleiben dieser Reise wäre eine unverdiente Bestrafung Petersburgs gewesen. Im Uebrigen sei es gern anerkannt, wie seit der Krönung dafür gesorgt ist, daß ein frischerer Zug in das russische Staatswesen kommt. Die Wohlthat der gänzlichen resp. theilweisen Aufhebung der Kopfsteuer der Bauern findet ihre Fortsetzung in der größeren Freizügigkeit, die künftig eintreten soll. Die russische Landgemeinde haftete nämlich bisher solidarisch und im Ganzen für die Aufbringung der Kopfsteuer ihrer Mitglieder; sie hatte also ein persönliches Interesse, zu verhindern, daß dieselben wegzogen, ohne die Kopfsteuer entrichtet zu haben. Beseitigt man also die Steuer für die ärmsten Gemeinde-Mitglieder, so wird man sie künftig ruhig weiter ziehen lassen, um sich anderswo besseren Verdienst zu suchen. Nimmt man ferner dazu, daß der Zar einen Ukas erlassen hat, der größere Duldung den nicht der orthodoxen Kirche zugehörigen Sekten verheißt, sowie daß die Drangsalirung der Deutschen in den Ostsee-Provinzen aufhören soll, so darf man hoffen, daß bessere Zeiten über Rußland heraufziehen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 11. Juni.

Berlin. Abgeordnetenhaus. Auf der Tagesordnung: erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze. Zum Wort gemeldet sind 12 Redner gegen und 4 für die Vorlage. Dr. Reichensperger-Olpe: Die gegenwärtige Vorlage werde von der katholischen Bevölkerung nur mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Sie enthalte Milderungen, aber sie mache doch nur der äußersten kirchlichen Nothlage ein Ende. Die katholische Bevölkerung frage mit Recht, ob sie — 10 Millionen an der Zahl — nicht auf mehr Anspruch habe, als auf Beseitigung der größten Noth, ob sie nicht auf völlige Beseitigung der ganzen falschen kirchenpolitischen Gesetzgebung Anspruch habe? (Sehr richtig! im Centrum.) Durch diese Gesetzgebung sei 10 Jahre hindurch die katholische Bevölkerung gemißhandelt worden. Die dauernde Aufrechthaltung dieser Gesetzgebung sei unmöglich, so lange die 10 Millionen Katholiken wissen, was sie zu thun haben. Richter habe dem Centrum in letzter Zeit Servilismus gegen die Regierung vorgeworfen; nun wenn er glaube, daß der jetzige Zustand das Centrum zum Servilismus veranlasse, so sollte er doch Alles aufbieten, um diesem Zustande ein Ende zu machen. Wenn das Centrum der Regierung unbedingt Heeresfolge leisten wollte, so würde der Kulturkampf längst beendet sein. Er erwarte von dem Gerechtigkeits- und Staatsgefühl der Mehrheit des Hauses, daß sie beitrage, dem jetzigen Zustande ein Ende zu machen. (Beifall im Centrum). — Freiherr von Zedlitz-Neukirch (freikonservativ): Durch die Beschränkung des Einspruchsrechts werde allerdings der Rahmen der Maigesetze durchbrochen, allein das Einspruchsrecht werde prinzipiell aufrecht erhalten. Artikel 4, welcher bestimmt, daß der Einspruch auf Grund ungenügender Vorbildung erfolgt, sei für ihn die conditio sine qua non für die Zustimmung zum ganzen Gesetz. Durch die Vorlage geschehe Alles, was geschehen könne, um den seelsorgerischen Bedürfnissen der katholischen Bevölkerung zu entsprechen. Was die Staatsautorität anlangt, so werde dieselbe nicht mehr auf dem Wege der Prävention, sondern auf dem der Repression aufrecht erhalten werden müssen. In dieser Beziehung bedürfe die Vorlage wohl einer Ergänzung. (Beifall.) Dr. Windthorst beantragt Verweisung der Vorlage an eine 21gliedrige Kommission. Weder für sich noch für seine Freunde gebe er jetzt eine definitive Entscheidung ab. Der Inhalt der letzten Jacobini'schen Note sei noch nicht bekannt; es scheine darauf noch keine Antwort seitens der Regierung erfolgt zu sein. Jetzt sei uns diese Vorlage zugegangen und damit der Weg der einseitigen Regelung eingeschlagen. Dieses Verfahren müsse er mißbilligen; es war noch nicht die Zeit dazu. Sollen die Verhandlungen mit Rom abgebrochen werden? Soll mit dieser Vorlage die Revision der Maigesetze beendet sein? Er werde in dieser Beziehung sehr bestimmte Fragen in der Commission thun. Ohne Rom sei kein Abschluß möglich, denn die Vertreter der einzelnen Katholiken, und wenn diese Katholiken auch zu Millionen zählen, seien nicht im Stande, über Einrichtungen der katholischen Kirche zu entscheiden. Die Vorlage sei nicht das Werk eines großen Staatsmannes, sondern das Produkt geheimräthlicher Düftelei. So löst man keine großen historischen Fragen. Mit der Vorlage werde der Versuch gemacht, die Katholiken zufrieden zu stellen; ob es gelungen, sei eine andere Frage. Die Kirche müsse ihren Principien treu bleiben; darauf beruhe ihr glorreicher Bestand. Die Katholiken Preußens bluten aus tausend Wunden, aber sie bitten den h. Vater um dieser vorübergehenden Leiden Willen die Prinzipien der Kirche nicht aufzugeben. Sie wurden mit Skorpionen gepeitscht und das hat sie nicht gehindert, zur Aufrechthaltung der Staatsgewalt den destruktiven Tendenzen entgegen zu treten. Einer der Hauptträger des Kulturkampfes, Herr v. Bennigsen, hat sein Mandat niedergelegt, weil seine Freunde nicht seine Bahn gehen wollten; die Ersteren haben über Bennigsen gesiegt! (Bewegung.) Durch die Vorlage werde an der Maigesetzgebung nichts geändert; es bleibe bei der Anzeigepflicht mit ihren Folgen und mit dem jetzigen Apparat. Die Straffreiheit des Messelesens und Sakramentiespendens werde nicht hergestellt, denn, wenn der Kardinal Jacobini in der Hedwigskirche zu Berlin eine Messe lesen wollte, so würde er Gefahr laufen, sofort arretirt zu werden. Die Vorlage bedürfe der Amendirung, insbesondere in Bezug auf die Vorbildung der Geistlichen. (Beifall im Centrum). — Graf Limburg-Stirum: Die konservative Partei stehe der Vorlage mit großer Befriedigung gegenüber. Die Vorlage revidire zwar die Maigesetze nicht ganz, aber doch einen wichtigen Theil derselben, und zwar das Gebiet der Anzeigepflicht. Zu einem Entgegenkommen habe vornehmlich das Verhalten des Centrums in den letzten Jahren Anlaß gegeben, indem es nicht mehr, wie in den ersten Jahren des Kulturkampfes, immer Alles nur kirchenpolitischen Erwägungen unterstellte. — Richter-Hagen: Die Vorlage lasse jede Einheitlichkeit vermissen. Er werde gegen Artikel 3 und 4 stimmen. Rom werde immer mehr und mehr gebeten und schließlich Alles umsonst gegeben. Diese Politik diskreditire sich selbst. Für die Parteien liege keine Ursache vor, auf politische Verhandlungen solcher Art Rücksicht zu nehmen. Was soll dieser Artikel 4? Es scheint, als ob damit etwas in die Suppe gebrockt werden sollte, um dieselbe ungenießbar zu machen. Die Vorlage sei des Reichskanzlers ureigenstes Werk, nicht das von Geheimräthen. Der Kanzler behalte sich in der Vorlage weitere Tauschobjekte vor. Die Parteien aber hätten dem entgegen die Pflicht, entschieden Stellung zu nehmen und genau zu sagen, was sie wollten. Kultusminister von Goßler: Die Vorlage sei ausschließlich aus der hochherzigen Initiative der Regierung hervorgegangen. Wenn auf Oesterreich hingewiesen werde, so würde er damit einverstanden sein, daß man den dortigen Stand mit den Machtmitteln, die er dem Staate gewährt, auf Preußen übertrage. Der Priestermangel sei kein Produkt der preußischen Verhältnisse; man begegne ihm in Süddeutschland und Oesterreich. Die Verbitterung sei im vorigen Jahre geregelt worden. Dr. Windthorst habe ein in den letzten Tagen viel kursirtes Wort aufgenommen, wonach die Vorlage ein Produkt geheimräthlicher Düftelei sei. Allgemeine Grundsätze könne man nicht ohne Weiteres zu Gesetzen machen, man müsse sie da in Paragraphen bringen. Eins aber acceptire er aus der Rede Windthorst's, daß die Vorlage ein Versuch sei, zum Frieden zu gelangen. Die Weiterberathung wird auf morgen vertagt.

Reichstag. Präsident Levetzow theilte mit, daß Bennigsen das Mandat niederlegte. Die zweite Berathung des Reichshaushaltsetats für 1884/85 wird zu Ende geführt. Bei dem Reichsschatzamt bringt Kardorff die Währungsfrage zur Sprache. Dieselbe werde aber leider in ihrer großen wirthschaftlichen Bedeutung noch immer unterschätzt. Werde die Goldwährung nicht aufgegeben, so werden die landwirthschaftlichen Zollerhöhungen unvermeidlich, denn die Goldwährung dränge jedes Land zu dem protektionistischen System. Man habe in Deutschland die englische Goldwährung nachgeahmt, aber England könne sich bei seinem reichen Kolonialbesitz schon ein schlechtes Währungssystem gestatten. Geheimrath Schraut: Es liegt für Deutschland kein Grund vor, den status quo aufzugeben und die Initiative zur internationalen Regelung der Währungsfrage zu ergreifen. Goldnoth besteht nicht. Deutschland sei nach seinen finanziellen und Kreditverhältnissen am Ersten in der Lage, ruhig abzuwarten. Bamberger ist von den Erklärungen des Bundeskommissars befriedigt und hält eine lange Rede zu Gunsten der Goldwährung; Silber erschwere den Verkehr. Die Einstellung der Silberverkäufe sei ein großer Fehler gewesen. Am Schluß der Sitzung zog Staatssekretär Burchardt die Novelle zum Beamtengesetz im Namen des Kaisers zurück. Der Bundesrath habe die Zurückziehung beschlossen, weil das Zustandekommen des Militärpensionsgesetzes in dieser Session nicht zu erwarten und weil eine verschiedenartige Behandlung der Civil- und Militärbeamten nicht wünschenswerth sei. Auf der morgigen Tagesordnung steht der Handelsvertrag mit Tunis und die dritte Berathung des Etats. Werden diese Gegenstände erledigt, so wird geschlossen.

Berlin. Großes Aufsehen erregt, daß der Abg. v. Bennigsen sowohl sein Reichs- als Landtagsmandat niedergelegt hat.

Berlin. Bennigsen's plötzlicher Rücktritt aus den beiden Parlamenten kam selbst seinen Freunden überraschend. Den Anstoß zu dem Rücktritte gab die kirchenpolitische Vorlage, die Bennigsen für amendirbar hielt, während die große Mehrzahl seiner Freunde sich für die pure Ablehnung entschied. Die Ursachen, welche den Rücktritt veranlaßten, sind: Differenzen mit seinen Parteigenossen, die ihm die Ueberzeugung beibrachten, daß er die Führung der Partei nicht mehr in der Hand habe, vielleicht auch das Resultat der letzten Unterredung mit Bismarck. Wie verlautet, beabsichtigen die Nationalliberalen den Oberbürgermeister Miquel für die erledigten Mandate in Aussicht zu nehmen und diesem die Führung zu übertragen. Das Zustandekommen der preußischen Verwaltungsgesetze ist gesichert, da Bismarck seine Zustimmung zu den letzten Beschlüssen des Abgeordnetenhauses erklärte und das Herrenhaus wahrscheinlich nachgeben wird. Damit ist Minister Puttkamer's Stellung wesentlich befestigt. — Der Kaiser geht Donnerstag zu einem dreiwöchentlichen Kurgebrauch nach Ems.

Paris. Am Sonntage stieß auf der hiesigen Ringbahn in dem Tunnel bei den Buttes de Chaumont ein Personenzug mit einem Güterzuge zusammen, 5 Passagiere wurden schwer verletzt.

Die Berliner Börse eröffnete auf Grund besserer auswärtiger Notirungen und des günstigen Wochenausweises der Reichsbank gut und vielfach mit etwas höheren Coursen. Daneben herrschte aber intensive Geschäftsstille, welche Druck ausübte. Die Course der spekulativen Bankwerthe behaupteten sich im Allgemeinen, ein animirter Verkehr fand auch hier nicht statt. Kassabanken still. Von deutschen Bahnen hatten Anfangs Oberschlesische einigen Verkehr. Marienburger und Ostpreußen besser, Kassabahnen schwach behauptet. Die spekulativen Oesterreichischen Bahnen waren in Folge der Saatenstandsberichte schwächer. Die neue Elbethalbahn erhöhte sich um einige Mark. Oesterreichische Kassabahnen erzielten mehrfach kleine Avancen. Oesterreichische Prioritäten gut gefragt. Bergwerke still, ziemlich fest. Industrien vorwiegend schwächer. Deutsche Fonds still, von fremden Renten Russen schwächer.

Frankfurt a. M., 11. Juni, Abends. Credit 278½. Staatsbahn 278½. Lombarden 124. Ver Loose —. Cert. Silberrente —. Papierrente —. Galizier 257½. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente —. 77er Russen —. 80er Russen —. 3. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanleihe —. 5. Orientanleihe —. Ungar. Papierrente —. Disconto —. Cypcer —. Gotthardbahn 124. Ruhig

Wien, 11. Juni, Abends. Credit 294,60. Staatsb. —,—. Lombarden —,—. Nordwestbahn —,—. Marknoten —,—. Ung. Credit —,—. 4% Ungar. Gold 88,30.

Paris 11. Juni. (Schluß.) Rente 79,27. Anleihe 108,20. Italiener 93,15. Staatsbahn 697,50. Lombarden 316,25. do. Prioritäten 299. Spanier 36½. Oesterr. Goldrente 83½. Fest.